Aufruf Friedensbündnis Norddeutschland



SCHUL- & UNI Streik

GEGEN DIE WEHRPFLICHT 05, 12, 2025

Friedensbündnis Norddeutschland solidarisch mit dem bundesweiten Schulstreik am 5.12.25 gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht

Am 5. Dezember 2025 ist in mehreren deutschen Städten ein bundesweiter Schulstreik gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht angekündigt worden. Organisatoren sind vor allem das Bündnis "Nein zur Wehrpflicht". Grund hierfür ist die Einigung der Regierungskoalition vom 12.11.25 auf eine verpflichtende Musterung ALLER 18-jährigen Männer, die deutsche Staatsbürger sind. Finden sich aus den "wehrtauglich" gemusterten nicht genügend Freiwillige für den Wehrdienst, wird eine Bedarfswehrpflicht eingeführt und gelost, wer zum Bund muss!

Das Bündnis warnt vor einer zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft und sieht in der Debatte um den Wehrdienst nicht nur eine sicherheitspolitische, sondern vor allem eine gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung. Es ist ein Versuch, "Deutschland kriegstüchtig statt friedensfähig zu machen". Der Aktionstag soll daher ein deutliches Zeichen setzen, dass junge Menschen diese Entwicklung nicht widerstandslos hinnehmen wollen. Am 5. Dezember sind daher in zahlreichen Städten Schulstreiks, Demonstrationen, Info-Stände und kreative Protestaktionen geplant.

Das Friedensbündnis Norddeutschland erklärt sich mit dem Streik gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht solidarisch und ruft alle Friedensaktivisten auf, den Aktionstag nach Kräften zu unterstützen.

Das Friedensbündnis Norddeutschland ist ein aktionsorientiertes, lagerübergreifendes und parteiunabhängiges Bündnis von Friedensgruppen und -Initiativen in Norddeutschland. Wir lehnen eine Politik der Bundesregierung ab, die Krieg für einen Normalfall hält, im Äußeren Konflikte eskaliert und im Inneren die Gesellschaft militarisiert.

Aktuell fordern wir den Stopp aller Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete, Waffenstillstand in der Ukraine, Frieden mit Russland, Schluss mit dem Wirtschaftskrieg, keine Stationierung von Atomwaffen in Deutschland, Abrüsten statt Aufrüsten.